

Danziger Zeitung.

M 12797.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstraße Nr. 4, und bei allen katholischen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Briefe pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Partizipante oder deren Raum 20 H. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1881.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 20. Mai. Die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" sagt, der deutsche Handel habe durch die Gewaltthaten gegen die russischen Juden schwere Schädigungen zu gewärtigen, denn die südrussischen Juden seien vorzugsweise mit deutschen Häuslern engagiert und die Träger des deutschen Exports nach Russland.

Lemberg, 20. Mai. Seit Mittwoch hat die galizische Geschäftswelt Waaren- und Geldsendungen nach Russland vollständig eingestellt.

Paris, 20. Mai. Die Deputirtenkammer beschloß gestern mit 243 gegen 235 Stimmen auf die Einzelberatung des Antrags Bardouz über Listenwahl einzugehen. Als die Einzelberatung beginnen sollte, verlangte man die Vertagung auf hente. Gambetta widersprach der Vertagung und die Kammer beschloß mit 245 gegen 205 Stimmen, die Beratung fortzusetzen und genehmigte die einzelnen Artikel und dann den Antrag Bardouz im Ganzen mit großer Majorität.

Paris, 20. Mai. Die Münzkonferenz hat beschlossen, sich bis zum 30. Juni zu versammeln, damit die Delegirten ihren Regierungen berichten und die Regierungen die formulierten Anträge und Resolutionen berathen können, welche behufs Zusammengehengs bei der Rehabilitation des Silbers zu fassen sind.

Petersburg, 20. Mai. Der Hof soll innerhalb 14 Tagen nach Moskau verlegt werden, ob für immer ist noch unbestimmt.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Petersburg, 19. Mai. Der Zeitung "Porjadok" aufgezogene Polizei Kenntnis erhalten von einer Versammlung von Anarchisten, welche am 17. Abends, in einem kleinen Hause an einem abgelegenen Orte außerhalb der Stadt abgehalten werden sollte. Die Versammlung wurde am 17. Abends 8 Uhr, aufgehoben; sämliche Anwesenden wurden verhaftet.

Politische Uebersicht.

Danzig, 20. Mai. Die Conservativen haben ihren Ansturm gegen die Gewerbeordnung mit Rücksicht auf die Wahlen unternommen. Wie aus den gestrigen Verhandlungen über das Innungsgeley zu ersehen ist, werden sie sehr wenig Nutzen für die Wahlagitator dabei herauszuschlagen. Es ist ein großer Vortheil, daß die Angelegenheit noch vor das Plenum gekommen ist, wo die Herren von der Majorität des Herrn v. Minnigerode nicht immer mit wohllingend lautenden oder nichtsagenden Worten sich absind können, sondern wo sie zuweilen doch Farbe bekennen müssen. Es hat sich gestern deutlich gezeigt, daß die Conservativen in Bezug auf die Innungsfrage zwei Gefährte zeigen: eins bei der Agitation im Lande, um dort die Stimmen derselben zu gewinnen, welche vom staatlichen Zwange die Befreiung von unbequemer Concurrenz erhoffen, und ein zweites im Parlament. Sie haben gestern im Reichstage nicht die von ihren Agitatoren vor den Wählern aus dem Handwerkerstande gegebenen Versprechungen eingelöst. Als der Abg. Richter die directe Anfrage bei den Deutschconservativen stellte, ob sie die von ihrem Parteiengenossen Stöcker auf seinen Apostelkreisen warm empfohlenen obligatorischen Innungen erstrebten, da hat Herr v. Hellborg-Bebra dies in seinem Namen und in dem seiner politischen Freunde verneint, und Niemand aus der Partei hat ihn desavouirt. Es ist gut, daß die Handwerker im Lande dies wissen. Das vorliegende Gesetz ist ein Flickwerk, welches im Handwerkerstande Niemanden befriedigt, ebensoviel die Freunde der Gewerbefreiheit, wie deren Gegner. Es wird den Handwerkern nichts wie Schwierigkeiten mit der Polizei bringen. Die Liberalen haben dies Gesetz am wenigsten zu fürchten; wenn dasselbe möglichst weitgehend durchgeführt würde, so würde es meist auf Diejenigen zurückfallen, welche jetzt damit gefordert werden sollen. Die Liberalen setzten eine Bestimmung durch, wonach Derselbe, welcher die Aufnahme in eine Innung nachsucht und bereits eine Prüfung in demselben Gewerbe bestanden hat, nicht nochmals zur Meisterprüfung gezwungen werden kann. Hätten sie dies nicht gethan, so würde mancher alte Handwerkmeister sehr unangenehm betroffen worden sein. Wenn die Conservativen sich gegen die Aufnahme einer solchen Bestimmung sträubten, so beweisen sie damit, daß sie von dem Handwerkerstande, dem sie aufzuhelfen wollen, etwa so viel verstehen, als Graf Wilhelm Bismarck, den sie zum sachverständigen Berichterstatter über die Handwerkerfrage erkoren hatten.

Durch die Hoffnungen, daß die Session des Reichstags bis Pfingsten geschlossen werden könne, hat eine Privatmitteilung des Staatssekretärs v. Bötticher, daß dem Reichstage noch neue Vorlagen gemacht werden würden — es wird sogar von 6—8 gesprochen — einen dicken Strich gemacht. Über den Inhalt der Vorlagen wird freilich nichts gesagt. Es ist aber bekannt, daß außer dem vom Bundesrat beschlossenen Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Zolltarifs, noch der neue Vertrag mit Österreich-Ungarn und die Verträge mit der Schweiz und Italien den Reichstag beschäftigen sollen. Bekanntlich steht auch noch ein Nachtragsetat zum Etat des Reichs- amts des Innern in Aussicht, in welchem u. A. die Bewilligung der durch die Einrichtung

des deutschen Volkswirtschaftsraths entstehenden Ausgaben nachgesucht wird. Die letztere Vorlage enthält eine interessante Illustration des Antrags auf Einführung zweijähriger Staatsperioden. Schon bei der einjährigen Staatsperiode sind, wie man sieht, Nachtragsetats, unentbehrlich. Das sind schon fünf neue Vorlagen von denen drei (Abänderung des Zolltarifs, Vertrag mit Österreich und die Kosten des Volkswirtschaftsraths) ohne Zweifel längere Debatten hervorrufen werden. Endlich wird auch aus dem Hause der neulich bereits angekündigte Gesetzentwurf wegen Verlängerung der Legislaturperiode eingebracht. Die deutsche Reichspartei freilich scheint auf einen Antrag wegen fünfjähriger Legislaturperioden verzichtet zu haben, da sie trotz der Erklärung des Hrn. v. Bennigsen bei den Nationalliberalen wenig Gegenliebe gefunden hat und da andererseits eine Unterstützung der Anträge des Herrn v. Karbortz und seiner Freunde seitens des Centrums schwierig ist. Unter diesen Umständen haben sich die Deutsche conservativen der Sache angenommen. Gleichzeitig aber mit Rücksicht auf das Centrum auf die fünfjährige Legislaturperiode zu Gunsten einer vierjährigen verzichtet. Mit andern Worten, das Centrum will von einer fünfjährigen Legislaturperiode nichts wissen. Die "Germania", welche den deutschconservativen Antrag bereits ankündigt, meint, die Annahme desselben sei gesichert, da die große Mehrheit des Centrums für denselben stimmen werde. Ob diese Voraussetzung nicht wieder optimistisch ist, wird sich ja zeigen. Im Reichstage wurde angenommen, daß, abgesehen von den süddeutschen, namentlich bairischen Mitgliedern des Reichstags, nur wenige für einen Antrag stimmen würden, der nur dann eine wirkliche Garantie bieten würde, daß die Mitglieder des neuen Reichstags wirklich 4 Jahre im Besitz ihres Mandats bleiben, wenn die Wahlen im Sinne des Reichstanzlers ausfallen würden. Schon diese Erwähnung wird eine Reihe von Abgeordneten, welche unter normalen Verhältnissen einer Verlängerung der Legislaturperiode geneigt sein würden, abhalten, dem Vorschlag zuzustimmen. Andere wiederum werden die Reichsregierung durch Einführung der vierjährigen Perioden nicht ermuntern wollen, in der nächsten Session auf die zweijährige Staatsperiode zurückzuführen.

Was die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn betrifft, so soll vom 1. Juli ab an die Stelle der lediglich administrativen Übereinkunft vom 31. Dezember v. J. wiederum ein wirklicher Vertrag treten, natürlich nur ein Meistbegünstigungsvertrag. Es sollen demnach auch die in dem früheren Vertrage enthaltenen Bestimmungen wegen Confiscation von Eisenbahnmaterial, Eisenbahnsrefacten u. s. m. in den neuen Vertrag wieder übernommen werden. Dieselben waren bekanntlich in der Übereinkunft vom 11. April 1880 außer Kraft geblieben. Von Vereinbarungen über Tarifzölle ist nicht mehr die Rede. Wie verlautet, sind die materiellen Verhandlungen über den Vertrag zum Abschluß gebracht. Der Abschluß des Vertrags wird nur noch durch Formalien zurückgehalten.

Die französische Deputirtenkammer hat gestern den Bardouz'schen Antrag auf Wiedereinführung der Listenwahl angenommen. Gambetta hatte für den Antrag gesprochen, indem er zugleich die Beschuldigung zurückwies, daß er ehrgeizige Ziele verfolge. Er habe niemals daran gedacht, das Ansehen der Executive zu verringern. Die Listenwahl gestatte es, das Land auf einer viel ausgedehnteren Basis zu rathe zu ziehen, wogegen die Arrondissementswahl jede Reform unmöglich mache. Die Listenwahl werde die Kauflichkeit und Bereitschäften befähigen, welche eine Folge der Arrondissementswahl seien. Er schloß seine Rede mit der Anerkennung, heute handele es sich darum, zu entscheiden, ob die Republik fruchtbar oder unfruchtbare sein werde.

Nach einer Meldung des Reuter'schen Bureaus aus Tunis hat Montag bei Sfax Arba zwischen den Franzosen und den Eingeborenen ein Gefecht stattgefunden, bei welchem beide Theile starke Verluste hatten. Die französischen Truppen marschierten auf Mater. Mehrere verwundete Franzosen wurden nach Tunis gebracht. Eine Meldung der "Times" aus Tunis besagt: Das Gefecht bei Sfax dauerte zehn Stunden; in Bizerta sind französische Verstärkungen gelandet worden.

Reichstag.

44. Sitzung vom 19. Mai.

Nachdem die Anleihe für die Reichssetschahen in dritter Beratung genehmigt ist, kommt der Gesetzentwurf, betreffend die Begehrung des Raumes halb der Gefäße, in welchen Flüssigkeiten zum Verkauf kommen, zur dritten Beratung. In der zweiten war der § 6 der Vorlage (die vorstehenden Bestimmungen finden auf fest verschlossene Gefäße, verklebt, fest verlorke u. s. w. Flaschen und Krüge, sowie auf Schenkgefäß von $\frac{1}{20}$ Liter oder weniger nicht Anwendung) an die Commission zurückgewiesen

wurden, welche noch einmal die Annahme desselben, jedoch mit folgender Resolution empfiehlt: Die verbündeten Regierungen aufzufordern, Ermittelungen darüber anzustellen, ob und inwieweit die nach § 6 von der Inhaltsbeschränkung noch ausgenommenen Flaschen dieser Bestimmung unterworfen werden können. Abg. Reichensperger (Crefeld), der heute wie in der zweiten Beratung sehr eifrig für geachte ganze und halbe Weinsflaschen im Interesse des Consumenten eintritt, begnügt sich einfallslos mit der Resolution, die ebenso wie § 6 und das ganze Gesetz definitiv genehmigt wird.

Das Haus tritt nunmehr in die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung und zwar der §§ 97—104 derselben. Referent Abg. Graf v. Bismarck.

Der § 97 der Vorlage, wonach die Commission nur durch die gesetzten Worte verändert hat, lautet: "Diejenigen, welche ein Gewerbe selbstständig betreiben, können zur Förderung der gemeinsamen gewerblichen Interessen zu einer Innung zusammenentreten. Aufgabe der neuen Innungen ist: 1) die Pflege des Gemeinwohls sowie die Aufrechterhaltung und Stärkung des Standesrechts unter den Innungsmitgliedern; 2) die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen sowie die Fürsorge für das Übergelehrte der Gesellen und für die Nachweisung von Gesellenarbeit; 3) die nähere Regelung des Lehrlingswesens und der Fürsorge für die technische, gewerbliche und sittlische Ausbildung des Lehrlings; 4) Streitigkeiten, die im § 120a bezeichneten Art zwischen den Innungsmitgliedern und ihren Lehrlingen an Stelle der Gemeindebehörden (Absatz 2 derselbe) zu entscheiden."

Abg. Baumhauß: Der erste Satz des § 97 enthält eine vollständige Umgestaltung des Prinzips, auf welchem zur Zeit die Innungen beruhen: es sollen nur Diejenigen zu Innungen zusammenentreten können, welche ein Gewerbe selbstständig betreiben (nach der bestehenden Gewerbeordnung Diejenigen, welche ein gleiches oder verwandtes Gewerbe betreiben). Die Mehrheit der Commission hat sich in ihrer ersten Lesung gegen jene Verallgemeinerung des Prinzips der Innungen erklärt, er in zweiter Lesung fand sich eine Majorität von einer Stimme dafür. Solche Innungen sind gar keine Innungen mehr, wenn beliebige Gewerbe zusammenentreten können. Man mag sie Gewerbevereine oder Coalitions nennen, Innungen sind sie nicht. Nur wenn gleiche und verwandte Gewerbe sich zu Innungen konzentrieren, können sie etwas Tüchtiges leisten. Der § 97 wird aber um so bedenklicher, wenn man den berührten § 100c ins Auge faßt, in welchem definitiv den Innungen weitgehende Befugnisse über den Rahmen der bisherigen Innungen hinaus eingeräumt werden, dessen Annahme im Hause — in der Commission hatte er vor eine Majorität von einer Stimme für sich — zweifelhaft ist.

Abg. Günther (Sachsen): Die Forderung, daß die Innungen sich auf Fachgenossen befränen sollen, ist unausführbar. In einer kleinen Stadt, wo jedes Gewerbe nur wenige Vertreter gäbt, würde eine lebensfähige Innung gar nicht möglich sein, wenn nicht verschiedene Gewerbe zusammenentreten. Die Zwecke der Innungen sind auch in Allgemeinen nur solche, welche allen Gewerben gemeinsam sind, so daß eine Colliston der Interessen nicht eintreten kann.

Abg. Löwe (Berlin): Der Unterschied zwischen unserer Ausfassung und derjenigen des Vorredners besteht darin, daß wir lediglich die Interessen des Handwerks fördern wollen, während Sie Innungen um jeden Preis fordern, selbst auf die Gefahr hin, daß das Handwerk dadurch geschädigt wird. Ich verkenne nicht, daß Sie mit Ihrer Agitation für die Innungen einen gewissen Erfolg unter den Handwerkern erzielt haben, aber unbekümmert um den zwecklosen Zuwoch zu Ihrer Partei werden wir uns nicht im agitatorischen Interesse von einer sachlichen Behandlung der Frage abdrängen lassen. Die Form der Innung, welche Sie vorbringen, halten wir für läblich. Wir erkennen an, daß für die Entwicklung des Lehrlingswesens eine Organisation des Handwerks zweckdienlich sein möge. Ob dies nur auf dem Wege der Innung zu erreichen ist, will ich dabeygestellt sein lassen; aber selbst angenommen, daß dies der Fall wäre, wie kann dann ein Bäcker oder ein Schlosser mit Sachkenntnis darüber urtheilen, in welcher Weise ein Schneider am besten ausgebildet werden soll. Die Zulassung verschiedener Gewerbe zu einer Innung macht also die letztere zur Erfüllung ihrer Zwecke untauglich. Wenn die Zahl der Vertreter eines Gewerbes an einem kleinen Ort zu gering ist, um sie eine Innung zu bilden, so mögen sie sich mit ihren Fachgenossen aus andern Orten vereinigen; zu diesem Zweck bestimmt ja gerade das Gesetz, daß die Innung auf einen Ort beschränkt sein soll. Bei einer Zusammenfassung mehrerer Gewerbe liegt auch die Gefahr nahe, daß, wenn auch einzelne dieser Gewerbe in der Innung gut vertreten sind, doch andere durch schlechte und unsfähige Elemente präsentiert werden, während die besseren sich der Innung fern halten. Diese besseren Elemente können dann in Folge der Rechte, welche der § 100c der Innung über die außerhalb der Innung residirenden Meister einräumt, durch die Unfähigen majorisiert werden. Für sehr bedenklich halte ich die Bestimmung, daß die Innungsmeister durch Statut Legitimationen für die bei ihnen beschäftigten Arbeiter einführen können; eine solche Bestimmung öffnet der Einführung obligatorischer Arbeitsbücher Thor und Bär, und eine solche würde den lebhaftesten Widerspruch gegen das Gesetz hervorrufen.

Abg. Böttcher (Waldeck): Die Furcht, daß einzelne Gewerbe von anderen majorisiert werden könnten, welche sich einer solchen Gewerbeordnung nicht auskönnen, welche sich einer solchen Gewerbeordnung nicht auskönnen, können dann in Folge der Rechte, welche der § 100c der Innung über die außerhalb der Innung residirenden Meister einräumt, durch die Unfähigen majorisiert werden. Für sehr bedenklich halte ich die Bestimmung, daß die Innungsmeister durch Statut Legitimationen für die bei ihnen beschäftigten Arbeiter einführen können; eine solche Bestimmung öffnet der Einführung obligatorischer Arbeitsbücher Thor und Bär, und eine solche würde den lebhaftesten Widerspruch gegen das Gesetz hervorrufen.

Abg. Rath Lohmann: Ich kann in dieser Beziehung nur meine frühere Erklärung wiederholen, daß die Rechte der Innung sich nur auf solche Gewerbe erstrecken, welche in ihr vertreten sind. Was die Frage der Arbeitsbücher betrifft, so nimmt die Regierung noch heute den Standpunkt ein, den sie bei der Beratung der früheren Gewerbeordnungs-Novelle eingenommen hat, daß die Einführung obligatorischer Arbeitsbücher eine durchaus falsche Maßregel sein würde. Hierdurch kann jedoch den Innungen nicht das Recht verlost werden, ihre eigenen Mitglieder durch Statut zur Einführung einer gewissen Kontrolle für die ihnen beschäftigten Arbeiter zu verpflichten.

Abg. v. Kleist-Rigon: Die Opposition, welche gegen die Anträge der Commission erhoben wird, ist ein Kampf gegen Windmühlen. Man behauptet, daß die Einführung mehrerer Gewerbe zu einer Innung die Interessen des Handwerks im höchsten Grade schädigt. Lieberthalen wir das doch den Gewerbetreibenden selbst, die am besten wissen werden, was ihren Interessen dient. Wir wollen den Handwerkern in dieser Beziehung völlige Freiheit lassen, und Sie dürfen überzeugt sein, daß bei der unter Ihnen herrschenden Exklusivität der Besitzergreif, daß die Innungen ein Gemisch aller möglichen Gewerbe darstellen werden, völlig unbegründet ist. Ganz von selbst werden sich die Handwerke verwandter Technik zusammenfinden, deren Interessengemeinschaft eine Vereinigung innerhalb derselben Innung zuläßt. Es versteht sich auch ganz von selbst, daß das Innungsrecht nur für solche Gewerbe geübt werden kann, die innerhalb der Innung selbst ihre Vertretung finden.

Abg. Richter (Hagen): Die Agitation für die Innungen bat in den Handwerkertreffen Trugzeuge erweckt, deren Nichterfüllung sehr lebhafte Unzufriedenheit hervorruft. Schon jetzt erklären die eigentlichen Träger der Agitation, daß sie jede Verantwortlichkeit für dieses Gesetz, das ihnen nicht weit genug geht, ablehnen. Das ganze Ergebnis dieses Gesetzes ist ein

vertreten sind. Auf die Anfrage des Abg. Carlinski bezüglich der politischen Innungen kann ich nur erwidern, daß nach § 98 c. des Gesetzes die Errichtung zweier Innungen an einem Orte nicht ausgeschlossen ist. Ob die Genehmigung in dem einzelnen Falle ertheilt wird hängt mit dem Erreichen der Befürchtungen ab.

Abg. Lasker: Der Abg. Böttcher hat dem Abg. Baumhauß den Einwand entgegengesetzt, daß man in dieser Frage den historischen Standpunkt verlassen müsse. Die ausgedehnten Innungen seien ein neuer reformistischer Gedanke. Darin kann ich ihm nicht folgen. Glauben Sie denn wirklich einen Fortschritt zu machen, wenn Sie in die Innungen Leute berufen, welche von den übrigen Gewerben nichts verstehen, aber doch über die Interessen derselben abstimmen? Solche Innungen fallen unter den Begriff von Bezirkvereinen, entsprechend der Begriffe der Gewerbevereine, noch dem liberalen Fortschritt. Aufstellend ist es, und es wäre mir lieb, darüber eine Auskunft vom Referenten zu erhalten, daß der Antrag v. Kleist zu § 97 zurückgezogen wurde, um § 97a, wieder hergestellt worden ist. Der Wortlaut des Gesetzes gibt darüber nicht die entfernte Anwendung. Dann bin ich der Meinung des Abg. Richter, daß, wenn man die Arbeitsbücher einführen wollte, man dies glatt und gerade ausdrücken sollte. Ich erinnere Sie daran, daß wir bei der Beratung der Gewerbeordnung nach schweren und harten Kämpfen die Ablehnung der Arbeitsbücher bewirkt haben, und nun will man sie durch eine zwecklose Interpretation auf Hinterwegen wieder ins Gesetz aufnehmen! Der § 100 ist in der That der wundste Punkt des ganzen Gesetzes. Ich habe das schmerzliche Gefühl, daß Sie (rechts) während Sie vor einigen Jahren mit uns eine Verständigung über die Regulierung des Gewerbebetriebs angehabt haben, nun plötzlich Änderungen vornehmen mit der Absicht, eine Zustimmung der liberalen Partei unmöglich zu machen, so daß wir höchstlich die ganze Organisation nicht annehmen können. Man ist in der Reaction sehr weit gekommen, wenn man solche Angriffe gegen die Gewerbefreiheit macht.

Abg. Günther (Sachsen): Die Forderung, daß die Innungen sich auf Fachgenossen befränen sollen, ist unausführbar. In einer kleinen Stadt, wo jedes Gewerbe nur wenige Vertreter gäbt, würde eine lebensfähige Innung gar nicht möglich sein, wenn nicht verschiedene Gewerbe zusammenentreten. Die Zwecke der Innungen sind auch in Allgemeinen nur solche, welche allen Gewerben gemeinsam sind, so daß eine Colliston der Interessen nicht eintreten kann.

Abg. Löwe (Berlin): Der Unterschied zwischen unserer Ausfassung und derjenigen des Vorredners besteht darin, daß wir lediglich die Interessen des Handwerks fördern wollen, während Sie Innungen um jeden Preis fordern, selbst auf die Gefahr hin, daß das Handwerk dadurch geschädigt wird. Ich verkenne nicht, daß Sie mit Ihrer Agitation für die Innungen einen gewissen Erfolg unter den Handwerkern erzielt haben, aber unbekümmert um den zwecklosen Zuwoch zu Ihrer Partei werden wir uns nicht im agitatorischen Interesse von einer sachlichen Behandlung der Frage abdrängen lassen. Die Form der Innung, welche Sie vorbringen, halten wir für läblich. Wir erkennen an, daß für die Entwicklung des Lehrlingswesens eine Organisation des Handwerks zweckdienlich sein möge. Ob dies nur auf dem Wege der Innung zu erreichen ist, will ich dabeygestellt sein lassen; aber selbst angenommen, daß dies der Fall wäre, wie kann dann ein Bäcker oder ein Schlosser mit Sachkenntnis darüber urtheilen, in welcher Weise ein Schneider am besten ausgebildet werden soll. Die Zulassung verschiedener Gewerbe zu einer Innung macht also die letztere zur Erfüllung ihrer Zwecke untauglich. Wenn die Zahl der Vertreter eines Gewerbes an einem kleinen Ort zu gering ist, um sie eine Innung zu bilden, so mögen sie sich mit ihren Fachgenossen aus andern Orten vereinigen; zu diesem Zweck bestimmt ja gerade das Gesetz, daß die Innung auf einen Ort beschränkt sein soll. Bei einer Zusammenfassung mehrerer Gewerbe liegt auch die Gefahr nahe, daß, wenn auch einzelne dieser Gewerbe in der Innung gut vertreten sind, doch andere durch schlechte und unsfähige Elemente präsentiert werden, während die besseren sich der Innung fern halten. Diese besseren Elemente können dann in Folge der Rechte, welche der § 100c der Innung über die außerhalb der Innung residirenden Meister einräumt, durch die Unfähigen majorisiert werden. Für sehr bedenklich halte ich die Bestimmung, daß die Innungsmeister durch Statut Legitimationen für die bei ihnen beschäftigten Arbeiter einführen können; eine solche Bestimmung öffnet der Einführung obligatorischer Arbeitsbücher Thor und Bär, und eine solche würde den lebhaftesten Widerspruch gegen das Gesetz hervorrufen.

Abg. Böttcher (Waldeck): Die Furcht, daß einzelne Gewerbe von anderen majorisiert werden könnten, welche sich einer solchen Gewerbeordnung nicht auskönnen, können dann in Folge der Rechte, welche der § 100c der Innung über die außerhalb der Innung residirenden Meister einräumt, durch die Unfähigen majorisiert werden. Bei wichtiger scheint es mir, unbedingt klar zu stellen, daß ein Gewerbe, welches in der Innung nicht vertreten ist, den Beschlüssen der letzteren in ke

Bündel von Polizeichancen, und diejenigen Handwerker sind zu bedauern, die ihre Zeit und Kraft opfern, um sich nach dieser bureaukratischen Schablone zu organisieren. Wenn Sie wirklich die Vereinigung von Handwerkern fördern wollen, weshalb haben Sie den früheren Antrag des Abg. Schulze-Delitzsch abgelehnt, welcher daher ging, allen Organisationen nach dem Muster des großen Berliner Handwerkervereins, der für die Förderung der Interessen der Handwerker mehr wirkt, als alle Innungen der Corporationsrechte zu verleben? Die Erklärung des Regierungs-Commissars über Einführung von Arbeitsbüchern hat alle unsere Vermuthungen bestätigt. Man will die Arbeitsbücher durch eine Hinterblüte einführen, weil man angesichts der bevorstehenden Wahlen nicht den Mut hat, offen zu erklären, was man beabsichtigt. Wenn es erlaubt sein soll, daß die Innungen durch Statut solche Controllmaßregeln einführen, dann kann durch Statut überhaupt Alles festgelegt werden, wenn nur der betreffende Regierungsrat das Statut genehmigt. Ueberhaupt stellt das Gesetz Alles der discretionären Willkür der Regierungsräthe anheim und das ist in gewissem Sinne ein Glück, denn es bietet die Garantie, daß bei der geringsten Erstärkung des liberalen Hauses Alles wieder festgelegt werden wird, was Sie jetzt schaffen. Auf solcher Basis sollte man nicht eine Gesetzesgebung über die Organisation des Handwerks aufbauen.

Abg. Stumm: Der Vorwurf des Vorredners, daß es uns an Courage fehle, offen mit unseren Anträgen hervorzutreten, ist bodenlos lächerlich. (Der Präsident ruft diesen Ausdruck als unparlamentarisch.) Wenn man uns ferner einen Vorwurf daraus macht, daß wir den Antrag des Abg. Schulze-Delitzsch wegen Gewährung von Corporationsrechten nicht angenommen haben, so ist dies keineswegs aus Abneigung gegen die Handwerker-Vereinigungen geschehen, sondern lediglich deshalb, damit nicht Dr. Richter und seine Freunde dieses Privilegium zu ihren politischen Zwecken missbrauchen. (Sehr richtig!) Die Bebauung des Abg. Lasker, daß wir unser Standpunkt gegen früher erheblich geändert hätten, muß ich entschieden bestreiten. Wenn wir früher, als wir einer erdrückenden Majorität gegenüberstanden, nicht mit unsern heutigen Anträgen hervorgetreten sind, so erklärt sich dies einfach daraus, daß ein solches Vor gehen vollkommen aussichtslos gewesen wäre.

Abg. Baumbach: Der Gang der Debatte hat mich überzeugt, daß es von Wichtigkeit ist, schon jetzt durch Beschluss festzustellen, daß nur gleiche oder verwandte Gewerbe zu einer Innung vereinigt werden können. Ich beantrage deshalb, den ersten Satz des § 97 dabin zu fassen: „Dienjenigen, welche gleiche oder verwandte Gewerbe selbstständig betreiben, können zu einer Innung zusammenreten.“

Abg. v. Hellendorff (Beda): Wenn wir die Frage der obligatorischen Arbeitsbücher unter dem Gesichtspunkt der Wohltagitation behandeln wollten, so würden wir nichts Besseres tun können, als jetzt mit dieser Forderung hervorzu treten. Wenn es nicht geschieht, so liegt der Grund nicht in der Furcht vor Unpopulärität, sondern nur in dem Umstande, daß wir bei der gegenwärtigen Geschäftslage die Debatte jetzt nicht mit einem solchen Antrage belasten wollen. Ich erkläre jedoch ausdrücklich, daß wir die Einführung obligatorischer Arbeitsbücher im Interesse des gewerblichen Arbeitstandes für durchaus notwendig halten. (Beifall rechts)

Abg. Hartmann: Die Bebauung des Vorredners beweist, wie wenig er den heutigen Arbeitstand kennt. Derselbe ist majoren geworden und duldet nicht mehr, daß man über ihn frei verfügt. Er weiß selbst sehr gut, was ihm möglich ist und wenn der heutige maßgebende Handwerkerstand, der in der klaren Erkenntnis der Dinge weit hinter den Arbeitern zurückgeblieben ist, gewissmässig als Vormund der lebendigen auftreten zu können glaubt, so befindet er sich in einem großen Irrthum. Es ist ja begreiflich, daß der Handwerkerstand eine Herrschaft über die Gelehrten ausübt, wünscht und deshalb Maßregeln, wie die Einführung obligatorischer Arbeitsbücher u. dergl. empfiehlt, aber Druck erzeugt Gegenstand und statt einer Harmonie zwischen Arbeitgebern und Arbeitern werden solche Bemühungen nur eine Verstärkung der Gegenseite zwischen beiden herbeiführen. Im Interesse der Bestrebungen, denen dieses Gesetz dienen soll, bitte ich Sie, Einrichtungen, die der Vergangenheit angehören, fallen zu lassen. Die Vereinigung mehrerer verschiedenartiger Gewerbe zu einer Innung halte ich für völlig verfehlt. Ist ein Ort so klein, daß die Vertreter eines Gewerbes zur Bildung einer Innung nicht ausreichen, so können sie sich sehr leicht privat unter einander über gemeinsame Maßregeln zur Wahrung ihrer Interessen verständigen und bedürfen des Apparates der Zunftinrichtungen nicht. Ich empfehle Ihnen deshalb die Annahme des Antrages Baumbachs. (Läufel links.)

Die Debatte wird hierauf geschlossen. Persönlich bemerkte der Abg. Lasker, daß er nicht der freien Partei, sondern dem Centrum den Vorwurf eines Gesinnungsmittelwelsches habe machen wollen.

Referent Abg. Graf v. Bismarck: Der Antrag, der erst wieder vorlegte, war von dem Abg. Baumbach schon in der Commission gestellt. Die Gründe, aus denen sie ihn ablehnte, sind in dem schriftlichen Bericht niedergelegt und der Abg. Böttcher hat sie heute näher ausgeführt. Dem Abg. Lasker erwiedere ich auf seine directe Interpellation, daß der Abg. v. Kleist in der Commission seinen Antrag zu § 97 nur deshalb zurückgezogen und zu § 97a. wieder hergestellt hat, weil er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er in dasselben einen besseren Weg finden würde und daß er ihn nur unter dem Vorbehalt zurückgezogen hat, ihm beim nächsten Paragraphen wieder zu bringen. Materiell möchte ich nur noch anführen, daß es doch etwas ganz Anderes ist, wenn die Vorrichtungen über die Legitimation der Gelehrten in den Statuten Aufnahme finden, als wenn sie gesetzlich bestimmt werden. Ich kann nur solche Arbeitsbücher, über welche gesetzliche Vorrichtungen existieren, als obligatorisch ansehen. Wenn also die Commission sich in der Meinung befunden hat, daß in den Statuten die Bestimmungen über die Arbeitsbücher der Innungsmitglieder Aufnahme finden sollen, so befindet sich durchaus nicht im Widerspruch mit § 107 der Gewerbeordnung, welcher auf Grund des angeführten Commissariats 1878 Annahme gefunden hat. Der Abg. Richter hat sich besonders gegen die Aufnahme der Arbeitsbücher in die Statuten gewendet und als Grund gegen dieselbe angeführt, daß die Meister in die Zwangslage kommen könnten, entweder den Innungen beizutreten, welche Statuten mit Arbeitsbüchern hätten oder keine Lehrlinge zu halten. Wenn Sie glauben, daß die Bestimmung des § 100e. den Zwangslinungen gleichkommt, mögen Sie allerdingen Recht haben. In dieser Beziehung stehen wir auf einem grundsätzlich verschiedenen Standpunkte. Die Commission war nicht der Ansicht, daß der § 100e. Zwangslinungen indirekt erfüllte. Ich glaube, es ist kein einziges Mal der Wunsch hervorgegangen, Zwangslinungen einzuführen. Es hat sich kein Mitglied für eine solche Idee erwärmen können.

Bei der Abstimmung wird das Amendum Baumbach mit geringer Majorität abgelehnt und § 97 unverändert in der von der Commission beantragten Fassung angenommen.

§ 97a. gestattet den Innungen, ihre Wirksamkeit auch auf andere Dinge anzudehnen; namentlich auf die Errichtung und Leitung von Fachschulen, auf die Förderung der technischen Ausbildung der Gelehrten und Meister, auf die Veranstaltung von Prüfungen; auf gemeinschaftlichen Gewerbebetrieb; auf die Errichtung von Kranken- u. Kosten und auf die Einstellung von Schiedsgerichten zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Innungsmittelern und deren Gelehrten.

Abg. Richter (Hagen): Es wäre interessant, zu erfahren, ob die conservativen Partei mit jener Agitation einverstanden ist, die gegenwärtig zu Gunsten der obligatorischen Innungen sich vollzieht. Bei denjenigen Gewerbetreibenden, die Sie durch die Arbeitsbücher mit dem Gesetze auf gleiche Stufe stellen, werden Sie schwerlich auf große Dankbarkeit stoßen. Das wird in jenen Kreisen die Unzufriedenheit nur steigern. Wenn Dr. Stumm gemeint hat, daß der Schulze'sche Entwurf § 3. nur deshalb nicht angenommen sei, weil die Fortschrittspartei denselben zu politischen Zwecken habe missbrauchen wollen, so notire ich hiermit diese Angst vor der Fortschrittspartei, und constate, daß Sie etwas, was Sie an sich für richtig halten, nur deshalb zurückweisen, weil es Ihrer Parteipolitik unbedeckt wurde.

Abg. v. Hellendorff (Beda): Was meine Stellung

zu den obligatorischen Innungen betrifft, so nehme ich keinen Anstand, auszusprechen, daß ich die Agitation, die gegenwärtig zu Gunsten derselben stattfindet, bedauere, weil den Handwerkern Hoffnungen erweckt, die nicht realisiert werden können. Wir treiben praktische und keine agitatorische Politik. (Beifall)

Abg. Löwe (Berlin): Ich accorde mit großer Freude die eben gehörte Erklärung und das starke Desdene, das damit jene agitatorischen Bestrebungen erhalten haben. Wenn in gleicher Weise den Elementen, welche weniger das Interesse der Handwerker als ihr eigenes fördern wollen, des Punkt gefändigt würde, so würde das zur Verhinderung und Klärheit sehr beitragen. Durch die Nummer 6 des § 97a. wird die Entscheidung der gewerblichen Streitigkeiten den unabhängigen Gerichten, die bisher damit besetzt sind, abgenommen und in die Hände der Innung gelegt, wodurch die Rechtsprechung parteiisch zu werden droht. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die Mitglieder der Innung sich in ein gewisse feindliches Verhältnis zu den außerhalb derselben Stehenden setzen werden. Trotzdem wollen Sie die Letzteren auf Gnade und Ungnade dem Innungsgesetz ausliefern!

Abg. Stumm erklärt dem Abg. Richter, daß auf seiner Seite von Furcht vor der Fortschrittspartei keine Rede sein könne. „Wir werden uns vor Ihnen niemals fürchten“ und wenn Sie den Mund noch so weit aufmachen. (Heiterkeit)

§ 97a. wird angenommen.

§ 98 bestimmt, daß eine Innung in der Regel nur für den Betrieb einer höheren Verwaltungsbehörde errichtet werden soll. §§ 98a. und 98b. enthalten die Vorrichtungen über das Innungsstatut, § 98c. die Vorrichtungen über die etwaigen Nebenstatuten. Diese Paragraphen werden ohne Debatte angenommen.

§ 99 lautet: „Die Innung kann unter ihrem Namen Rechte, insbesondere Eigentum und andere dingliche Rechte an Grundstücken erwerben, Verbindlichkeiten eingehen, die Gericht klagen und verklagt werden. Für alle Verbindlichkeiten der Innung haftet den Gläubigern nur das Vermögen der Innung.“

Abg. Lüders: Der letzte Satz dieses Paragraphen würde für die Innungen einen nicht zulässigen Ausnahmekontakt schaffen. Das Mindeste, was man bezüglich der Haftung für die Verbindlichkeiten der Innung verlangen könnte, wäre die Solidarhaft der Innungsgenossen. Das Innungsvertragen selber ist in den meisten Fällen so klein, daß es unmöglich die nötigen Bürgschaften gewähren kann.

Bundescommissiar Lohmann meint, daß jener Pausus nur den allen Corporationen gemeinsamen Umfang der Haftung ausdrücke.

Abg. Lasker: Die Corporationen haften nicht in allen Staaten Deutschlands nur mit ihrem Vermögen; der betreffende Satz würde entschieden ein Privilegium für die Innungen bilden. Ich bitte, es durch Streichung des Satzes bei dem gemeinen Recht zu belassen.

Referent Graf Bismarck: Wenn vielleicht auch in einzelnen Bundesstaaten die Corporationen geringere Rechte haben, als Ihnen hier zugestellt werden, so war doch die Commission der Ansicht, daß man für die Innungen allgemein in ganz Deutschland geltende Bestimmungen schaffen müsse. Ich bitte den Antrag abzulehnen.

§ 99 wird, unter Ablehnung des gestellten Antrags in der Commissionsfassung genehmigt.

§ 100 bestimmt, daß in die Innungen nur diejenigen aufgenommen werden, die ein Gewerbe selbstständig betreiben. Falls eine Prüfung vorgeschrieben ist, darf sie sich nur auf den Nachweis der Fähigkeit zur selbstständigen Ausführung der gewöhnlichen Arbeiten des Gewerbes beschränken. Abg. Böttcher beantragt folgenden Zusatz: „Von einem Aufnahmehsuchenden, welcher bereits vor einer andern, den Voraussetzungen dieses Gesetzes entsprechenden Innung derselben Gewerbes eine Aufnahmeprüfung bestanden hat, kann eine solche nicht nochmals verlangt werden.“

Abg. Richter (Hagen) will die Prüfung gebühren verhindern.

Abg. Böttcher rechtfertigt den Antrag mit darauf, daß die Wiederholung der Prüfung im Interesse der Fernhaltung unfehlbarer Konkurrenz werden könne.

Abg. Lüders glaubt ebenfalls, daß Abg. Böttcher bestreitet, daß die Vertreter eines Gewerbes zur Bildung einer Innung nicht ausreichen, so können sie sich sehr leicht privat unter einander über gemeinsame Maßregeln zur Wahrung ihrer Interessen verständigen. Vom Handwerker verlangt man aber, daß er nach 20 Jahren noch denselben Umfang an Wissen und Können besitze, wie vor dem!

Abg. Richter (Hagen) erklärt sich gleichfalls gegen die Wiederholung der Prüfung. Dem Abg. Lüders entwider er, daß selbst an Orten mit hochkultiviertem Gewerbebetrieb die Anforderungen in Folge der großen Arbeitsteilung nicht durchgängig gleichartig seien. In Wahrheit laufe die Bestimmung des Gesetzes auf eine Verkürzung der Freiheitigkeit und auf Verdrängung unbedeutender Concurrenten hinaus. Das Publizum verlangt die Prüfung nicht, es kümmere sich gar nicht um diesen Schnad! Wer von uns könnte wohl heute noch das Abiturientenexamen machen, ganz abgesehen von den Staatsprüfungen? Dennoch mußte man den Handwerker eine Wiederholung seiner Prüfung zu! Mindestens müßte man aber die Prüfungen gebührenfrei machen.

Abg. Monfang widerspricht dem Antrag Böttcher, da die Innung als Corporation das volle Recht haben müsse, darüber zu entscheiden, ob sie einen Aufnahmehsuchenden der Aufnahme würdig erachtet oder nicht. Lebriengen sei der Neuanziehende nicht gehalten, der Innung beizutreten.

Abg. Hartmann: Die qu. Bestimmung werde selbst in den Kreisen der Anhänger dieses Gesetzes als eine bittre Bille empfunden werden. Gerade den älteren Handwerkern werde es oft ungemein schwer fallen, die Meisterprüfung zu wiederholen. Wolle man übrigens von allen Handwerkern, die der Innung beitreten wollten, die Wiederholung der Prüfung verlangen, dann müßten in Hamburg beispielweise 30-40 000 Meisterprüfungen vorgenommen werden.

Abg. Richter (Hagen) erklärt sich gleichfalls gegen die Wiederholung der Prüfung. Dem Abg. Lüders entwider er, daß selbst an Orten mit hochkultiviertem Gewerbebetrieb die Anforderungen in Folge der großen Arbeitsteilung nicht durchgängig gleichartig seien. In Wahrheit laufe die Bestimmung des Gesetzes auf eine Verkürzung der Freiheitigkeit und auf Verdrängung unbedeutender Concurrenten hinaus. Das Publizum verlangt die Prüfung nicht, es kümmere sich gar nicht um diesen Schnad! Wer von uns könnte wohl heute noch das Abiturientenexamen machen, ganz abgesehen von den Staatsprüfungen? Dennoch mußte man den Handwerker eine Wiederholung seiner Prüfung zu! Mindestens müßte man aber die Prüfungen gebührenfrei machen.

Abg. Monfang widerspricht dem Antrag Böttcher, da die Innung als Corporation das volle Recht haben müsse, darüber zu entscheiden, ob sie einen Aufnahmehsuchenden der Aufnahme würdig erachtet oder nicht. Lebriengen sei der Neuanziehende nicht gehalten, der Innung beizutreten.

Referent Graf von Bismarck: Der Abg. Lasker hat gestatt, dieser Antrag hätte der Commission nicht vorlegen und ob sei nicht berechtigt, dagegen Stellung zu nehmen. (Burk. lins: Nein.) Ja wohl. Wenn ich über Anträge, die der Commission nicht vorgelegen haben, mich überhaupt hier Namens der Commission nicht äußern kann, dann weiß ich nicht wovon ich hier schreibe. Die Anträge, die in der Commission vorgestellt sind, sind im schriftlichen Bericht niedergelegt. Ich habe die Bestätigung, Namens der Commission mich über die übrigen Anträge zu äußern, sobald ich mich im Stande der Commission aufzuhören.

Abg. Böttcher: Es ist mir nicht in den Sinn gekommen, dem Herrn Referenten einen Vorwurf zu machen, ich habe nur hervorgehoben, daß über seinen Antrag in der Hall gestellt, daß die Beschlüsse der Commission angenommen werden sollten. Der ganze Zulassung sei sehr gefährlich und einzig dassehend, nirgends sei einer Meisterprüfung zu wiederholen. Wollte man übrigens von allen Handwerkern, die der Innung beitreten wollten, die Wiederholung der Prüfung verlangen, dann müßten in Hamburg beispielweise 30-40 000 Meisterprüfungen vorgenommen werden.

Abg. Löwe beantragt den § 100a. an die Commission zurück zu verweisen.

Abg. Windthorst empfiehlt bei der Schwierigkeit dieser Materie für die Judicatur den Zulassung zum § 100a.

Referent Graf von Bismarck: Der Abg. Lasker hat gestatt, dieser Antrag hätte der Commission nicht vorlegen und ob sei nicht berechtigt, dagegen Stellung zu nehmen. (Burk. lins: Nein.) Ja wohl. Wenn ich über Anträge, die der Commission nicht vorgelegen haben, mich überhaupt hier Namens der Commission nicht äußern kann, dann weiß ich nicht wovon ich hier schreibe. Die Anträge, die in der Commission vorgestellt sind, sind im schriftlichen Bericht niedergelegt. Ich habe die Bestätigung, Namens der Commission mich über die übrigen Anträge zu äußern, sobald ich mich im Stande der Commission aufzuhören.

Abg. Böttcher: Es ist mir nicht in den Sinn gekommen, dem Herrn Referenten einen Vorwurf zu machen, ich habe nur hervorgehoben, daß über seinen Antrag in der Hall gestellt, daß die Beschlüsse der Commission angenommen werden sollten. Der ganze Zulassung sei sehr gefährlich und einzig dassehend, nirgends sei einer Meisterprüfung zu wiederholen. Wollte man übrigens von allen Handwerkern, die der Innung beitreten wollten, die Wiederholung der Prüfung verlangen, dann müßten in Hamburg beispielweise 30-40 000 Meisterprüfungen vorgenommen werden.

Abg. Löwe (Berlin): Wenn man glaubt, die Innungen würden von einem bereits Gepräften keinem Examen verlangen, warum sollte man dies nicht von vorneherein im Gesetze ausdrücklich fixieren?

Abg. Auer weist an einzelnen Beispielen die Absurdität des Verlangens einer Wiederholung der Meisterprüfung nach.

Abg. v. Hartling spricht sich im Sinne des Abg. Monfang aus.

Abg. Richter (Hagen): Dr. v. Kleist habe sich

s. B. als Oberpräsident der Rheinprovinz energisch bemüht, das Prüfungswesen auf Grund der Verordnung von 1849 überall durchzuführen. Als er, Redner, aber demnächst sich in amtlicher Eigenschaft über die Wirkungen dieser Maßregeln informirt habe, habe er gefunden, daß schon seit vielen Jahren in dem betreffenden Kreise keine Prüfungen stattgefunden hätten (Heiterkeit).

Abg. Lasker tritt nochmals für den Antrag Böttcher ein, indem bei Nichtannahme desselben das ganze Gesetz auf den Kopf gestellt werde und die Consequenz davon die Einführung von Zwangslinungen sein würde. Selbst in China, dem lässigsten Lande der Prüfungen, wo jeder Beamte, der in eine höhere Rangstufe eintreten will, eine Prüfung ablegen muß, wird in dem Falle davon abgesehen, wo der Beamte in derselben Kategorie nur nach einem anderen Ort versetzt wird, und man sollte es doch hier nicht schlimmer machen, als im gesetzten Lande China.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Böttcher wird angenommen, für denselben stimmen die Fortschrittspartei, die Seefahrer, die Nationalliberalen und ein großer Theil der Freikonservativen.

§ 100a. will den Gesellen eine Theilnahme an der Verwaltung der Innung einräumen, namentlich bei der Abnahme der Gesellen-Prüfungen und der Einrichtungen, zu denen sie Verträge zahlen müssen. Alle, welche nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte, oder welche in der Verfassung über ihr Vermögen beschränkt sind, sind von der Ausübung des Stimmrechtes in den Innungen ausgeschlossen. Die Commission hat diesem Paragraphen noch folgenden Zusatz hinzugefügt: Außerdem können durch Beschluss der Innung von der Ausübung des Stimmrechtes oder eines Ehrenrechtes in ihr Diejenigen ausgeschlossen werden, welche, ohne die Ehrenrechte verloren zu haben, ehrenrührige Handlungen begangen haben. Abg. Auer will den Gesellen eine Theilnahme an der Verwaltung der Innungen im Verhältniß zu ihren Leistungen einräumen. — Im Laufe der Debatte ändert Abg. Richter (Hagen) den Antrag so, daß er sich nur auf die Verwaltung der Kosten bezieht. — Abg. Lasker beantragt, dem letzten Abz. des § 100a. hinzufügen: „Gegen den Beschluss ist der Rechtsweg zulässig.“ — Abg. Schenk v. Stauffenberg bestreitet, statt der Worte: „welche, ohne die Ehrenrechte begangen haben“, zu lesen: „welche, ohne daß ihnen die Ehrenrechte aberkannt sind, wegen ehrenrühriger Handlungen rechtstädtig verurtheilt worden sind.“

Ref. Graf v. Bismarck: Der Antrag Auer scheint mir schwer ausführbar zu sein. Was soll das heißen: Eine Theilnahme im Verhältniß zu den Leistungen? Den Zusatz der Commission empfiehlt ich Ihnen unter Ablehnung des Lasker'schen Antrages zur Annahme. Ich glaube, Sie können den Innungen gestatten, daß die Bestimmung darüber überlassen wird, was sie für ehrenrührig halten. Abg. Auer empfiehlt seinen Antrag damit, daß er nur den einfachsten Billigkeitsgefall Rechnung trage, da doch mindestens den Leistungen der Gesellen eine im Verhältniß dazu stehende Berechtigung entsprechen müsse. Nach der Vorlage liegen die Rechte aber nur auf Seiten der Meister. Den legten Ablas des Paragraphen bitte zu streichen, weil die Vorstellungen sehr verschieden seien und namentlich den alten Kunstmästern und Spießbürgern nur eine Handhabe bieten würden, um ihnen mißliche Personen von den Innungen auszuschließen.

Abg. Lüders erklärt, daß durch die Annahme des letzten Absatzes, ohne den von ihm beantragten Zusatz, Thür und Thor geöffnet werde, daß einzelne Mitglieder Beleidigungen aller möglichen Art zugesetzt werden können, ohne daß ihnen eine Genugthuung gegeben wird. Lebriengen kann sich der Referent über den Antrag gar nicht äußern, da er der Commission nicht vorgelegen habe. Der Begriff der Ehrenrührigkeit sei ein durchaus dehnbarer, und namentlich gebe in Innungssversammlungen nicht ein gerechtes rätherliches Erwogen den

Mitte Oktober und dauert ungefähr ein Jahr. Die vor einigen Jahren in Danzig mit einem Kostenantrage von ca. 400 000 M. reparierte, jetzt als Seescheiterschiff ganz zweckentprechende "Vimeta" gehört zu den ältesten Holzschiffen unserer Marine; sie stand mit der jetzt kondemnierten "Nebusa" gleichzeitig auf dem Stapel. Wie alle unsere Holzcorvetten ist auch die "Vimeta" auf der Danziger Werft gebaut und dort 1863 vollendet. Wie ihre Genossen "Arcona", "Gazelle", "Hertha" hat das Schiff, welches eine außerordentlich bewegte Vergangenheit hinter sich hat, sehr gute Dienste geleistet.

Frankreich.

Paris, 19. Mai. Deputirtenkammer. Ministerpräsident Ferry verließ den mit dem Bey abgeschlossenen Vertrag; der Inhalt des Vertrags entspricht den bereits bekannten Bestimmungen. Ferry erklärte, der Vertrag werde, wenn er loyal ausgeführt werde, alle Ursachen zu einer Uneinigkeit zwischen Tunis und Frankreich fortan aus dem Wege räumen, er werde Tunis und Frankreich nüchtern sein, denn er beruhe auf einer billigen Basis. Frankreich werde die Sicherheit seiner Grenze in Algier gewinnen, Tunis gewinne die Wohlthaten der Civilisation. Wenn Tunis sich dessen erinnere, was Frankreich für Tunis gethan habe, werde es auch einsehen, was Frankreich noch weiter für dasselbe tun könne. Frankreich habe nur Gefühle des Wohlwollens für den Bey und sei gewillt, ihm dies auf's Neue zu beweisen, wenn er in seiner legitimen Autorität und in seiner Unabhängigkeit bedroht werden sollte. Nach den von der Regierung der Republik abgegebenen feierlichen Erklärungen könne über Frankreichs Absichten weder für Europa, noch für den Bey, noch für die Bevölkerung von Tunis irgend ein Zweifel bestehen. Frankreich könne sich befriedigt fühlen durch den Abschluss des Vertrags und habe nicht minder ein Recht, als zu sein auf die Bravour und Disciplin seiner Armee. Die Vorbereitung des Vertrags erfolgte durch eine Commission, zu deren Wahl die Bureau morgen zusammenentreten. Hierauf begründete Bardour seinen Antrag auf Wiedereinführung der Listenwahl.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Nach Schluss der Redaktion eingegangen.

W-Berlin, 20. Mai. In der Hamburger Abgelehrte wird im Reichstag zunächst der Antrag Delbrück eingebracht, dahin gehend, daß die zur Zeit auf der Elbe bestehenden Zollgrenzen nur durch Gesetz verlegt werden können; ferner der Antrag Richter-S.-Kartan, unterstützt von der Fortschrittspartei und den Sozialisten: Der Reichstag solle erklären, daß Aenderungen der Zolleinrichtungen lediglich zu dem Zweck, einzelne Bundesstaaten in dem Gebrauch ihres Rechts zu befrachten, weder dem bundesstaatlichen Verhältnis noch der Achtung vor dem geltenden Verfassungsrecht entsprechen. Endlich beachtigt Lasser eine Interpellation wegen Aufhebung des Hauptzollamts in Hamburg.

Danzig, 20. Mai.

* [Telegraphisches Wetter-Prognoskop der deutschen Seearte für Sonnabend, den 21. Mai.] Wernes, ziemlich heiteres Wetter mit schwacher Lustbewegung, ohne wesentliche Niederschläge. * Der Minister des Innern hat die Oberpräsidien beauftragt, die Polizeibehörden ihrer Bezirke dahin anzuweisen, daß dem auch in Danzig bekannten Magnetiseur Hansen oder anderen Magnetiseuren die Veranstaltung öffentlicher Vorlesungen ferner nicht gestattet werde, weil es sich laut gesetzlicher Neuerungen der königlichen wissenschaftlichen Deputation für das Medicinalwesen bei den geplanten Vorstellungen um psychologische Experimente handle, welche die Möglichkeit einer Schädigung der Gesundheit der dabei als sogenannte Medien benutzten Personen wenigstens sehr nahe liegen.

* Die Ausgabe breitläufiger Retourbillets für die Strecke Danzig-Bromberg, welche wir fürlich mit Rücksicht auf den zwischen beiden Städten stauenden regen Verkehr befürworteten, ist nach der "Bromb. Btg." vom Minister nicht genehmigt worden, weil die Entfernung beider Orte von einander nicht 200 Kilometer betrage und diese Entfernung als Minimalgrenze angesehen werden müsse. Die Entfernung zwischen Danzig und Bromberg beträgt allerdings nur 158,6 Kilometer, die zwischen Danzig und Königsberg dagegen 194,5 Kilometer. Da letztere sehr nahe an die Minimalgrenze streift, so wurde wenigstens für diese Strecke mit Rücksicht auf die schon neulich angegebenen Verhältnisse eine Ausnahme von der allgemeinen Norm gerechtfertigt sein.

* Die seit langerer Zeit von den hiesigen städtischen Behörden projektierte neue Anleihe zur Befreiung der Kosten einer Reihe von nothwendigen größeren Anlagen (Bau der höheren Töchterschule, Canalisation der Speicherinsel, Wasserversorgung von Schibitz, Erweiterung der Gas-Anstalt, Umbau der Grünenbrücke und Erweiterung der oberen Strecke der Milchfannengasse, Bau der Chaussee nach Heubude etc.) wird am nächsten Dienstag ebenfalls die Stadtverordneten-Versammlung bereits beschäftigen, da für diese Sitzung ein begülliger Antrag des Magistrats nunmehr gestellt ist. Dem Vernehmen nach ist vom Magistrat eine 4%ige Anleihe von 3 Mill. Mark in Aussicht genommen. — Für den Bau der Chaussee nach Heubude, der alsbald in Angriff genommen werden soll, ist für dieselbe Sitzung jetzt das definitive Bauprojekt zur Genehmigung vorgelegt worden.

* Wie schon mitgetheilt ist, soll das bisherige Jacobsthöhr nunmehr ganz abgebrochen und durch ein unbedecktes Thor nach dem Muster des Petersbager ersezt werden. Das bisher das Thorgebäude bekönige zierliche Thürmen ist seitens des Militärfabrikus der Stadt als Geschenk angeboten. Letztere wird dasselbe nunmehr abnehmen und auf dem stumpfen Thurm des Stadtbibliothek-Gebäudes wieder aufsetzen lassen. Die Bewilligung der erforderlichen Kosten ist bereits bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragt.

* Im heutigen Int.-Bl. veröffentlicht der Herr Polizei-Präsident eine neue, mit Zustimmung des Magistrats eröffnete ausführliche Polizei-Verordnung vom 17. Mai, welche den Betrieb der Pferde-Eisenbahn in der Kopfengasse regelt. Die von den städtischen Behörden und der Kaufmannschaft angefohlene Polizei-Verordnung vom 12. März d. J. ist aufgehoben und es sind in der neuen Verordnung nur solche Verleibesbeschränkungen zugelassen, welche zum Betriebe der Pferdebahn als absolut erforderlich erachtet wurden, wobei jedoch möglichst darauf Bedacht genommen ist, daß der private Frachtabfuhr nicht ausgeschlossen wird. Diese neue Verordnung ist das Product einer freien Verständigung zwischen den bebildigten Behörden, dem Vorsteheramt der Kaufmannschaft und den sonstigen Beteiligten. Die entstandenen Differenzen sind somit durch das bereitwillige Entgegenkommen des Herrn Polizei-Präsidenten, für welches das Vorsteheramt der Kaufmannschaft denselben seinem lebhaften Dank aussprochen hat, in befriedigender Weise ausgestlichen worden.

* Der Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten hat auch in diesem Jahre dem Oberpräsidienten der Provinz eine kleine Summe zur Bewilligung von Brämen an Lehrer der Provinz, welche sich um die Öfftbauanstalt verbient haben, überwiesen. Es finden nur solche Lehrer Berücksichtigung, welche kein ausgedehntes gewinnbringendes Handelsgeschäft mit den in ihren Baumwülken gezogenen Bäumen treiben, sondern dies vorzugsweise auf ihren Schulbezirk

beschäulen und bemüht sind, innerhalb desselben die Obstcultur zu fördern.

* Für die Eisenbahnstrecke Dirschau-Danzig sind, wie der "Dirsch. Anz." berichtet, jetzt einige neue Wagons 4. Klasse verbessert Construction eingestellt. Namenslaut sind an dem Dache jedes Wagons stellbare Luft-Zalousten angebracht und ein Drittel des Wagons ist durch eine feste Wand besonders abgesetzt.

* [Kaufmännischer Verein.] In der gestrigen Generalversammlung erstattete zunächst der Vorsteher des Vereins, Herr F. Schneider, den Jahresbericht pro 1880/81, aus welchem hervorgeht, daß der Verein am Schluß des Statjahrs 231 Mitglieder zählte. Das Vermögen des Vereins, exkl. einer Bibliothek von 1000 Bänden und Inventar, beträgt 3035 M., wobei sicher angelegt ist. Es folgte sodann die Berichterstattung der Kassen- und Bibliotheksverein, worauf die nachgelagerte Declarat. einstimmig erhebt wurde. Einen eingehenden Bericht werden wir später an dieser Stelle geben. An Stelle des Herrn Grauer, welcher sein Amt als stellvertretender Vorsteher niedergelegt hat, wurde Dr. P. Klemmer gewählt. — Da der Verein mit der Absicht umgeht, im nächsten Winter hier einen Circus von Vorträgen anwärter hervorragender Künstler zu veranstalten und zu diesem Zwecke dem Deutschen Verbande von Vereinen für öffentliche Vorträge zu Koburg beigetreten ist, wurde die Beschildung des am 4. und 5. Juni in Gotha stattfinden 5. Verbandstages durch einen Delegierten beschlossen.

* Herr A. Bätz in Weichselmünde hat ein Reichspatent auf einen Dampfschiff-Mühlenzettel angemeldet.

** Mewe, 19. Mai. Die königl. Reierung zu

Marienwerder hat dem hiesigen katholischen Pfarrer

in Unterholz Mr. Dr. Brodbeck Thymau, Sr. Clemens

und Kalowitz übertragen.

** Insterburg, 19. Mai. Die hiesige, ursprünglich als

Private-Unternehmung ins Leben gerufene Baumgewerkschule geht nach 2½jährigem Bestehen ihrer

Ausbildung entgegen. Die Schule kann sich ohne Staatszulassung nicht halten, für diese aber stellt der Minister

Anforderungen an den Kommunalräder, deren Erfüllung von Seiten der städtischen Behörden mit Rücksicht auf

die finanzielle Lage der Stadt abgelehnt ist.

Vermischtes.

Berlin, 19. Mai. Mit Bezug auf die Angaben des "B. B. C." über die Organisation des projektiven Deutschen Theaters, aus denen wir gestern Mittwoch wachten, geht dem genannten Blatte von Herrn Urryone eine teilweise Berichtigung zu. Er sagt darin, daß sein Bachtvertrag mit Herrn Tricke über das Friedrich-Wilhelmsstädtische Theater nicht bis zum Oktober 1882, sondern bis zum Oktober 1884 läuft und vorher nur durch Vereinbarung gelöst werden kann. Ferner sind die Damen Clara Biegler und Hedwig Niemann-Raabe bisher der Vereinbarung nicht beigetreten, wenn auch ihr Beitritt zu hoffen ist — dadurch wird das Wesentliche der Mittheilung des "B. B. C." aber augleich bestätigt.

Mit der Eröffnung des neuen Berliner Gemeindeskriehofs in der Friedhofsselbst Feldmark tritt ein bedeutamer Fortschritt in's Leben. Der neue Gemeindeskriehof ist als ein ausgedehnter simultaner Anlage und seine sämtlichen Einrichtungen soll er unter Berücksichtigung jedes religiösen Bekanntschafts erfüllen, so daß kein Hindernis obwaltet soll, die Versorgung unter den denkigen religiösen Formen erfolgen zu lassen, welche den Angehörigen eines derselbst zu beiderndigen Verstorbenden ihrer Confession entsprechend erscheinen. Dem simultanen Charakter des Friedhofes wird auch die am Sonnabend stattfindende Einweihungsfeier entsprechen. Die hiesige katholische Kirchlichkeit hat allerdings die an sie ergangene Einladung zur Teilnahme an der Einweihungsfeier abgelehnt, dagegen werden hervorragende Mitglieder der hiesigen katholischen Bevölkerung an der Feier teilnehmen. Die lösliche Gemeinde wird durch einen Cuitusbeamten vertreten sein. Der Prediger Thomas wird die Weihefeier und auch die erste Gaudete an der Gründung des am Sonnabend zur Verbreitung gelangenden ersten Verstorbenen evangelischer Confession halten. Die königlichen Behörden werden dr.

Botschaften und die städtischen Behörden durch drei Magistratsmitglieder und sechs Stadtverordnete vertreten sein.

Bei verschloßenen Türen begannen gestern bei dem Schwurgericht des höchsten Landgerichts I. die Verhandlungen einer ungangreichen Nullagefache. Es handelt sich dabei um ein Verbrechen, das, wie es scheint, zur Zeit in Berlin leider vielfach begangen wird, wir weinen das Verbrechen gegen selmendes Leben, welches in den §§ 218—220 des Strafgesetzbuchs mit schwerer Buchstafurstrafe bedroht ist. Nicht weniger als über zehn Angeklagte, darunter fünf Frauen, sieben Mädchen und zwei Männer haben sich wegen dieses Verbrechens resp. der Befreiung zu verantworten. Die dabei beteiligten jungen Wäbänen stehen im Alter von 18—24 Jahren, sämtliche Angeklagte befinden sich schon seit etwa einem Jahr fest in Untersuchungshaft. Wie man hört, wird noch ein ähnlicher umfangreicher Prozeß die hiesigen Geschworenen während dieser Sitzungsperiode beschäftigen.

Künftlich brachte die "Gegenwart" einen Artikel, in welchem Anton von Werner, der Director unserer Kunstabademie, sich mit aller Entschiedenheit gegen die Existenz des vielbesprochenen Rubensbildes ausspricht, gegenüber den Ansichten von Dr. Julius Meyer und W. Bode. Die "National-Btg." erfährt jetzt, daß das Unterrichtsministerium sich vorauslaut gelehnt hat, dem Künstler von Geb. Regierungsrat Dr. Max Jordan signirten Vertrags zu erfüllen, indem in der Veröffentlichung ein Verlesen der Plakette und der Stellung eines preußischen Beamten gefunden werde. Der Betroffene hat an das Minnisterium eine eingehende Erwideration gelangen lassen, in welcher er seine Berechtigung zu dem getadelten Schritte in entschieder Weise belont.

* Aus Gottbus schreibt man der "B. B. C.". Seit vier Wochen wird auf dem hiesigen Bahnhofe der Hölle-Sorau-Gubener Bahnhof mit vier Pferden rangiert, in Folge dessen von den zwei bisher im Betrieb gewesenen Rangirmotoren die eine für Rangirzweck hat außer Betrieb gesetzt werden können. Geldersparnis und Erlangung größerer Sicherheit des Bahnhof-Betriebs haben hierzu Veranlassung gegeben und muss sich beides durch die verlusthafte eingeschlagene Einrichtung bemüht haben, da das königl. Eisenbahn-Betriebsamt zu Halle a. S. mit einem hiesigen Spediteur bezüglich Geltung der Preise und Gültigkeit definitiv Contract abgeschlossen hat, auch bereits auf dem Bahnhof ein Pferdestall zur Unterbringung der Pferde gebaut worden ist.

Stuttgart, 19. Mai. Die Würtembergische Landes-Gewerbeausstellung ist heute bei prächtigem Wetter durch den König, welcher sich unter jubelnden Zurufen der Bevölkerung mit der Königin und den hier anwesenden Prinzen und Prinzessinnen nach der Ausstellungshalle begeben hatte, feierlich eröffnet worden. Der Minister des Innern, v. Sid., hiess in seiner Ansprache den gestalteten aus dem Süden zurückgelehrten König in der Ausstellung willkommen und sprach sodann den Ausstellern Namens der Regierung lebhafte Anerkennung aus. Bettore Ansprachen hielten der Oberbürgermeister Hac als Vertreter der Stadt und Dr. Stob als Präsident der Ausstellung. Hieran besichtigte der König die Ausstellung, welche in ihrem durchaus fertigen Zustande ein glänzendes Bild der Industrie- und Gewerbehälfte des Landes darbot.

Wien, 18. Mai. Abermals geht ein die Ressidenzstadt sterender Brachbau seiner Vollendung entgegen, der neue, im reichen Renaissance-estile gebaute Justizpalast, dessen feierliche Schlussteinlegung kommenden Montag in Gegenwart des Kaisers stattfinden soll. Der Bau nimmt 6 Jahre in Anspruch, und kostet sammt der inneren Einrichtung 3 Millionen Gulden. Der oberste Gerichtshof, das Oberlandesgericht, das Landesgericht in Civilsachen und das Handelsgericht werden in dem Palaste untergebracht.

Die Bohrungsarbeiten am Arbergstunnel nehmen ihren richtigen Fortgang. Auf der Ostseite erwacht sich das Gestein sehr günstig, die Legung des Sohlsollens schreitet rasch vorwärts. Auf der Westseite mußte wegen des weichen Glimmerschiefers der Maschinenbetrieb eingestellt und mit der Hand gearbeitet werden.

Die Bohrungsarbeiten am Arbergstunnel erwacht sich das Gestein sehr günstig, die Legung des Sohlsollens schreitet rasch vorwärts. Auf der Westseite mußte wegen des weichen Glimmerschiefers der Maschinenbetrieb eingestellt und mit der Hand gearbeitet werden.

Doch sind zur Seite bereits über 1000 Meter ausgebohrt, und auch die Ausmauerung hat große Fortschritte gemacht.

* Der Congress der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat 5000 Dollars (20 000 M.) bewilligt, die zur Fortsetzung der archäologischen Forschungen in Bezug auf die "Mound-Builders" verwendet werden sollen. Unter Mound-Builders versteht man das vorhistorische Volk, von dem die großen als Grabdenkmäler benutzten Erdhügel im Mississippithal herstammen.

Lotterie.

H. C. Hahn's Bureau.

Bei der am 19. Mai c beendigtenziehung der 2. Klasse 164. königl. preußische Klassenlotterie fielen:

1 Gewinn von 6000 M. auf Nr. 45 794.

1 Gewinn von 1800 M. auf Nr. 69 572.

5 Gewinne von 300 M. auf Nr. 17 876 20 439 63 446 65 182 79 499.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, den 20. Mai.

Crs. v. 19. Crs. v. 19.

Weizen, gelb	Ung. 6% Gold-	102,40	102,40
Mai	225,50	223,50	102,40
Mai-Juni	217,00	216,00	59,10
Roggen		187,00	94,50
Mai	203,70	204,70	88,00
Sept.-Okt.	174,00	174,70	75,60
Petroleum pr.			115,70
200 Z	23,70	23,80	98,20
Rüböl		18,50	207,00
Mai-Juni	52,70	52,60	131,60
Sept.-Oct.	54,20	54,40	103,00
Spiritus loco		55,50	66,60
Mai-Juni	56,20	55,90	215,20
4% Conso's	102,10	102,20	108,00
3½% westpr.	92,75	92,70	174,40
Pfandbr.		100,70	206,30
4½% westpr.		102,70	102,80
			Lang London
			—
			20,365
			Fondsborse: sehr günstig.

Crs. v. 19.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anl. 4

Consolidirte Anl. 4/5

Preuss. Staats-Anl. 4/5

Staats-Schuldscheine 3½

Ostpreuss. Prov.-Obl. 4/5

Westpreuss. Prov.-Obl. 4/5

Landesk. Consr

Langefuhrer Synagoge.

Sonnabend, den 21. d. Mts.,
Vormittags 10½ Uhr, Predigt.

Heute Morgen wurden durch die Geburt eines kräftigen Knaben erfreut.
Danzig, den 20. Mai 1881.
Mitlaß, Landgerichtstrah und Frau.
Die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen zeigen hiermit nur auf diesem Wege ergebenst an. (6773)

L. Löber und Frau,
geb. Schrader.
Begeleben, den 17. Mai 1881.

Heute, 5 Uhr Morgens, entschloß sanft zu einem besseren Erwachen meine unvergessliche Frau, unsere thiere Mutter, Schwieger, Groß-, und Urgroßmutter, Schwägerin und Tante Caroline Peters, geb. Neumann, in ihrem 76. Lebensjahre nach 54jähriger glücklicher Ehe. Dieses zeigen jetzt betrübt an die Hinterbliebenen. Sobbowitz, d. 19. Mai 1881.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist heute bei der Firma "Westpreußische landeskundliche Darlehnskasse" (Nr. 1074 des Registers) folgender Bericht eingetragen worden:
Zum fünften Beamten der Westpreußischen landeskundlichen Darlehnskasse ist Hermann Lederer in Danzig ernannt, und soll fortan der Rentamt in Verbindungsfällen durch den Buchhalter und der Buchhalter in Verhinderungsfällen durch den g. Lederer vertreten werden.

Danzig, den 12. Mai 1881.

Königl. Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

Behufs Bekanntmachung der Seemühle, welche das Schiff "Pauline", Capitän Brodhause, auf der Reise von Hull nach Danzig erlitten hat, haben wir einen Termin auf den 21. Mai er. Vormittags 8½ Uhr, in unserm Geschäftsstalle, Langemarkt No. 43, anberaumt. (6816)

Danzig, den 20. Mai 1881.

Königl. Amtsgericht X.

Submission.

Der Neubau eines 2-stöckigen Pfarrhauses der St. Annen Gemeinde zu Elbing, soll an einen geeigneten Unternehmer vergeben werden.

Offerent sind bis

Montag, den 30. Mai er.

Mittags 12 Uhr, versiegelt und mit entsprechender Aufschrift verlesen an den Stadtbaurath Herrn Lehmann hier selbst bestimmt. Zeichnungen, Anschlagsansichten und Bedingungen können in den Stunden von 8–11 Uhr Vormittags im Bureau des Genannten, Heil. Geiststraße 47, eingesehen, Abschriften der letzteren gegen Kostenersatzung bezogen werden.

Elbing, 19. Mai 1881.

Der Gemeinde-Kirchenrat von St. Annen.

Auction

in Louisenhof

(Weißnitz) bei Rheda.

Am 27. Mai er. Vormittags 8 Uhr, werde ich am angeführten Orte bei Herrn August Doppfe im Wege der Zwangsaufrechnung:

1. Depositorium mit Tombank, eine Decimal, 1 Standwaage, 5 Standflächen, 9 Standfässer mit messingnen Kranz, 1 Häckelmashine, 1 Mangel, 1 Bierapparat, 2 Lampen, 2 Spinde, 5 Tische, 1 Kommode, 3 Spiegel, eine Schlaubank, 1 Sophia, 1 Wandthr, 5 Bänke, 1 Hut Büder, ¼ Tasch Chiorien, 1 Hut Büder, ¼ Tasch Chiorien, (6330)

eine Kuh

gegen sofortige Zahlung meistbietend versteigern.

Petersson,

Gerichtsvollzieher, Pfefferstadt 37.

In der Auction — Neue Motllan No. 6 — am 24. Mai er. kommt auch ein Spazierwagen (Cabriolet) zur Versteigerung.

Petersson,

Gerichts-Vollzieher.

Pfefferstadt 37.

Die Großgrund-Besitzer des Danziger Kreises werden zu einer Vorbesprechung über die Wahl eines Kreis-Tagsabgeordneten zu Sonnabend, 21. d. M., Nachmittags 3 Uhr, in das landwirthschaftliche Vereins-Lokal zu Gr. Zündler ergebenst eingeladen.

Mehrere Großgrund-Besitzer.

Frische

Spargel,

80 Pf. pro Pf.

Italienische Prunellen räumungshalber 65 Pf.,

Astrach. Schotenferne empfiehlt billigst

J. G. Amort.

Langgasse No. 4.

Geschäfts-Verlegung.

Einem geehrten Publikum Danzigs und Umgegend die ganz ergebene Mitteilung, daß wir unter Möbel-Speditions-, Transport- und Aufbewahrungs-Geschäft von der Holzgasse 24/25 nach dem Vorstadt. Graben No. 33a verlegt haben.

F. A. Meyer & Sohn.

Dampfbootfahrt

Danzig — Neufahrwasser.

Von Sonntag, den 22. Mai er. fährt das letzte Passagier-Dampfboot von Danzig um 7 Uhr Abends, von Neufahrwasser um 8 Uhr Abends.

, Weichsel", Danziger Dampfschiffahrt- und Seebad-Aktion-Gesellschaft.

Alexander Gibsone.

Herren- und Knaben-Hüte

in Seide, Filz, Stoff und Stroh empfiehlt zu soliden festen Preisen

Louis Ehrlich, Hutfabrikant,

Hundegasse 44.

NB. Bestellungen sowie Reparaturen auf's Schnellste.

Indem nun die Möbel-Transporte nach den Bade-Orten beginnen, empfiehlt den hochgeehrten Herrschaften meine

Möbel-Fuhrwerke

zur promptesten Umzugsausführung. Möbel-Transporte nach allen anderen Richtungen halte permanent unterwegs, welche ich zur besten Benutzung empfiehlt.

H. Toews, Spediteur,

Fleischergasse No. 43.

Altes Gräber Bier 25 Flaschen 3 Mk., Erlanger Exportbier 15 do. 3 = Böhmisches Tafelbier 20 do. 3 = empfiehlt

Robert Krüger, Hundegasse 34.

Loose

zur Mecklenburger Pferde-Verloosung, 25. Mai, a 3 Mk. zur Lotterie von Baden-Baden, 1. Ziehung am 7. Juni, a 2 Mk., Volloose für alle V Kl. 10 Mk., zur Pomm. Gewerbe- und Industrie-Ausstellung in Colberg a 1 Mk. In der Expedition der Danziger Zeitung.

Russischer auf Gegenseitigkeit gegründeter Boden-Credit-Verein in St. Petersburg.

Die Nummern-Verzeichnisse der am 1/13. Mai 1881 gelösten

406 Pfandbriefe I. Serie,

392 " II. "

364 " III. "

359 " IV. "

354 " V. "

346 " VI. "

335 " VII. "

341 " VIII. "

319 " IX. "

317 " X. "

309 " XI. "

307 " XII. "

278 " XIII. "

zusammen 4427 Stück (deren Verzinsung vom 1/13. Juli 1881 erlischt), sowie der in früheren Verlosungen gezogenen, jedoch noch nicht zur Zahlung vorgewiesenen

2528 Stück Pfandbriefe obiger Serien

(deren Verzinsung mit den betreffenden Rückzahlungsterminen aufgehört hat) sind erschienen und können bei uns in Empfang genommen werden.

Danzig, den 20. Mai 1881.

Levin Hirsch Goldschmidt's Söhne.

Auction auf dem Heumarkt vor dem hohen Thore.

Sonnabend, den 21. Mai 1881, Vormittags 11 Uhr, werde ich am angeführten Orte im Auftrage

2 elegante schwarze Wagenpferde,

5 und 6 Jahre alt, 6 und 7" groß,

sowie 3 gute starke Arbeitspferde

in öffentlicher Licitation an den Meistbietenden verkaufen.

Joh. Jac. Wagner Sohn,

vereidigter Gerichts-Taxator und Auctionator.

Bureau: Hundegasse 111.

Auction mit Betten und Möbeln, Heumarkt No. 10.

Montag, den 23. Mai er., Vormittags 10 Uhr, werde ich am angeführten Orte

1 Partie herrschaftliche Betten, darunter einige Sax gute

Gefünebetten, sowie diverse Möbel, als Bettgestelle, Tische, Stühle etc.

gegen hohe Zahlung versteigern, wozu ergebenst einlade.

H. Zenke,

vereidigter Gerichts-Taxator und Auctionator.

Zur General-Versammlung

dieses Jahres werden die Mitglieder des Westpreußischen Geschichtsvereins auf Mittwoch, den 25. Mai a. cr., Abends 7 Uhr, in die Aula des städtischen Gymnasiums hiermit ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.

2. Rechnungslegung.

3. Antrag auf einen Znsatz zu den Statuten.

4. Vorstandswahl.

5. Wahl zweier Ehrenmitglieder.

6. Vortrag des Herrn Dr. Hoffmann: „Die Belagerung und Eroberung der Marienburg 1457“.

Danzig, den 15. Mai 1881.

Der Vorstand des Westpreußischen Geschichtsvereins.

Tricotagen für Herren

in Maco, Vigogne und Wolle empfiehlt

(5587)

J. Schwaan, 1. Damm 8.

Niederlage von May's Stoffkragen.

Wollsäcke

in sämtlichen gangbaren Qualitäten

und jedem Gewicht, mit und ohne

Streifen, empfehlen in größter Aus-

wahl; ferner

Wollsocke Marlein

prima Qualität, per 50 Kilo 8 Mk., per

Kilo 80 Pf.

R. Deutschendorf & Co.

Fabrik für Säde, Pläne und Decken.

12 Milchkannengasse 12.

Schellmühler

Spargel

täglich frisch

1. Damm 7:

1. Sorte pro Pf. 80 Pf., 2. Sorte pro

Pf. 50 Pf., Suppenspargel 1 Bund 15 Pf.

Postsendungen nach außerhalb werden

gegen Einwendung des Beitrages oder

Gestaltung von Postnachnahme prompt

ausgeführt; gefäßte Aufträge bitte

direct an meine Adressen richten zu wollen.

Schellmühl bei Langfuhr, den

16. Mai 1881. (6810)

Paul Genschow.

Holmer Spargel

täglich frisch

Verkaufsstellen:

Langenmarkt 1, im Wein-

keller, 3. Damm 12.

Stangenpargel

pro Pf. 80 Pf.

Gemüsepargel

pro Pf. 50 Pf.

Suppenspargel

pro Pf. 15 Pf.

NB. Meine Milchfahrer sind eben-

falls angemessen Bestellungen auf Spargel